

Aus der Woche.

Welt und Leben unter der Lupe edito-rieller Betrachtung.

Es geht ihnen gut.

Als bekannt wurde, die Pennsylvania-Bahn werde statt der 8 Prozent Dividende, die sie im Jahre 1909 zahlte, für das eben beendete Jahr nur 7 Prozent verteilen, da erklärte Wall Street unisono: „Wieder eine Dividenden-Verringerung.“ Zu Anfang Dezember hatte nämlich die St. Louis Southwestern für ihre Vorzugsaktien die Dividende von 5 auf 4 Prozent herabgesetzt, und im August hatte die Allen-Bahn ihre übliche Halbjahres-Dividende von 2 Prozent ganz ausfallen lassen. Diese pessimistische Auffassung ist nämlich sehr erwünscht, um den Eindruck zu verbreiten, daß unsere Bahnen ohne Frachttarnerhöhungen nicht existieren können. Sonst hätte Wall Street ruhig sagen können: „Eine Ausnahme von der Regel“. Denn es ist den Bahnen recht abgegangen im Jahre 1910. Erst vor einer Woche erklärte die Central von New Jersey eine 8-Prozent-Dividende von 2 Prozent. Und das Bild der anderen Veränderungen in den Dividenden-Erklärungen ist das folgende:

Compagnie	Dividende	Veränderung
Central	8	+ 2
St. Louis	4	- 1
Illinois	4	- 1
Missouri	4	- 1
Ohio	4	- 1
Pennsylvania	7	- 1
Railroad	4	- 1
St. Paul	4	- 1
Union	4	- 1
Wisconsin	4	- 1

Die Western Maryland wurde aus der Verwaltung der Receiver entlassen und bezahlte die angefallenen 4 Prozent auf ihre Vorzugsaktien. Die N. W., Chicago und St. Louis bezahlte ihre erste Dividende. Nach der Gesellschaften erhöhten ihre Dividende um 1 Prozent, zwei um 1/2, eine um 3 und zwei um 4 Prozent. Das sieht nicht nach Notstand aus, denn durch Frachttarnerhöhung abgeholfen werden müßte. (Elev. W. & Anz.)

Wiederum Kuba.

Mit der Vormundschaft über die Republik Kuba haben die Ver. Staaten sich eine Last auf den Hals geladen, die der Mühe nicht lohnt. Anstandslos müßten sie seiner Zeit einen Beweis absoluter Selbstlosigkeit geben, indem sie darauf verzichteten, sich einfach in Besitz des Landes zu setzen wie in Porto Rico, aus dem sie die Spanier vertrieben hatten, und der breiten Bevölkerung das Recht der Selbstregierung, unter gewissem Vorbehalt, gewährten, ein Opfer für die republikanische Idee; aber es wird ihnen schwer gemacht, daselbe durchzuführen, denn die Bevölkerung erwies sich wenig reif dafür. Einmal sehen haben Truppen der Bundesarmee die Insel wieder besetzen müssen, weil der republikanische Regierungsapparat unter Palma nicht klappen wollte, jetzt sieht es wieder so aus, als müßten wir abermals einschreiten, um Ruhe zu stiften. In den nächst gelegenen Häfen unserer Gotiküste sollen schon Truppen und Munition bereit gehalten werden, um bei dem ersten Alarm nach der Insel überzugehen. Und wenn sie dort wieder festen Fuß fassen müssen, wird die zeitweilige Occupation, wie das Roosevelt seiner Zeit in Aussicht gestellt hat, wahrscheinlich eine dauernde werden. Denn wenn wir mit Spanien Krieg anfangen, weil wir die dauernd störenden Zustände auf der Insel aus Rücksicht für unsere Handelsinteressen nicht dulden konnten und Ruhe nicht auf unserer Thür haben wollten, so müssen die gleichen Gründe maßgebend werden, wenn es den Führern der dortigen Regierung nicht gelingt, dauernd Ruhe und Ordnung zu erhalten. Die Ver. Staaten können nicht unbedunnet zusehen, wenn auf Kuba Zustände herrschen, wie wir sie in den mittelamerikanischen Erdböden - Republiken vorläufig bestehen lassen müssen, solange uns die völkerverrechtete Aufgabe, dort Ordnung zu stiften, nicht zusteht. Eine Verfassung der Republik Kuba und ihrem organischen Verträge mit den Ver. Staaten sind diese gehalten, darauf zu sehen, daß dort eine von allen auswärtigen Einflüssen unabhängige Regierung besteht, die ihren Bürgern Schutz des Lebens, Eigentums und der persönlichen Freiheit garantieren kann, verläßt sie darin, so tritt unsere protektorische Kontrolle in Kraft.

Ruh ist freilich zu bedenken, daß die Bevölkerung von Kuba, nachdem die Ver. Staaten mit See- und Landmacht die Spanier besieg und vertreiben hatten, sehr wenig reif für eine republikanische Regierung war. In anderen Ländern mag sich ein Umschwung schneller vollziehen, wie in Brasilien, oder jetzt in Portugal, wo die neue Regierungsform sich ohne Schwierigkeiten behauptet, Kuba aber hätte von jeder unter spanischer Herrschaft gehalten und war als politisches und wirtschaftliches Ausbeutungsböden demselben demoralisiert worden, daß man zwar gläubigen daß gegen die Spanier und Schmach noch Freiheit voraussetzen konnte, aber nicht die politische Erziehung, die der Autonomie notwendig vorausgehen muß. Die Ver. Staaten haben zwar

darin während der ersten Occupation praktischen Unterricht gegeben, ähnlich wie das auch mit den Philippinos geschehen, aber die dafür geeignete Periode war doch verhältnismäßig sehr kurz. Die Republik wurde am 20. März 1902 proklamiert, womit die Verfassung vom 12. Januar 1901 in Kraft trat. Innerhalb dieser zehn Jahre kann man kaum ein völliges Einleben der Bevölkerung in republikanische Formen erwarten, um so weniger, als dieselben Elemente, die in den anderen Republiken die stetige Unruhe vertreteten, auch in dieser eine beträchtliche Mehrheit bilden und die konservativen Kräfte Mäße haben, sie in Schranken zu halten. Dazu kommt, daß auch Einflüsse an der Arbeit sind, die ihr Interesse darin finden würden, wenn die Insel als Kolonie oder Provinz unter direkte Kontrolle der Regierung der Ver. Staaten käme. Das ausländische Kapital, besonders das dieselbe, würde unzweifelhaft einen derartigen Wechsel mit Freuden begrüßen. Es wäre dann das Ziel erreicht, das jene Leute im Auge hatten, die nach der Proklamierung der Republik kubanische Bonds massenhaft feil hatten. Sie würden nun wenigstens teilweise auf die Kosten kommen.

Es mag sein, daß die Ver. Staaten gezwungen werden, jetzt abermals die Insel zu besetzen, und daß das Ende der Republik wäre. Dem Auslande gegenüber, das unsere Selbstlosigkeit anfangs stark bezweifelte, wäre wenigstens der Beweis erbracht, daß die Ver. Staaten aber würde ein solcher Ausgang des Abenteuers doch aus nicht wünschenswerten, wir haben innerhalb unserer Grenzen an schwierigen Problemen genug.

Eine britische Reichsverfassung.

Die nächste britische Reichskonferenz, für deren Zusammentritt die Regierung den Kolonien den 22. Mai 1911 vorgeschlagen hat, wird sich gleich den meisten ihrer Vorgängerinnen mit der Frage einer Reichsverfassung beschäftigen. Der Premierminister von Neuseeland hat seinem Parlament bereits die Anträge vorgelegt, die er auf der Konferenz zu stellen beabsichtigt. Er will unter anderem für die Errichtung eines Reichsrates (Imperial Council) eintreten, für die Erweiterung der Befugnisse der Oberkommissare der Dominions in London, die er gleichsam zu Senatoren erheben zu sehen wünscht, und für eine Reorganisation des Kolonialamts. Dieser letzte Punkt wurde schon auf der Konferenz von 1910 vorgebracht; die autonomen Kolonien wollten nicht länger derselben Behörde in London wie die Kronkolonien unterstehen. Die Zerschlagung des Kolonialamts in zwei getrennte Departements, von denen sich das eine mit den Beziehungen zu den autonomen Kolonien zu befassen hätte, hat zwar viele Anhänger, aber die Regierung hat noch keinen bestimmten Beschluß gefaßt, und jetzt ist die Frage bis zum nächsten Parlament aufgeschoben.

Zu dem Problem eines Reichsrates hat sich jüngst auch der Führer der konservativen Opposition des kanadischen Bundesparlaments, R. S. Borden, geäußert. Er sprach sich für eine gemeinsame zentrale Kontrolle der Streitkräfte des Reiches aus, das heißt, daß die Flotten der Kolonien im Kriegsfall zur unbedingten Verfügung der britischen Admiralität stehen sollten. Er fügte aber hinzu, die Voraussetzung dafür wäre, daß die autonomen Kolonien dann über die maritime Politik und somit auch über die auswärtige Politik des Reiches mitentscheiden müßten. Das läuft ebenfalls auf die Gründung eines Reichsrates hinaus. Aber bisher ist, trotz aller akademischen Erörterungen einer neuen Reichsverfassung, kein ausführbarer praktischer Vorschlag zur Lösung der Frage gemacht worden. Für das Mutterland besteht keine Notwendigkeit, sich eines Theiles seiner Regierungsrechte und seiner Souveränität zu Gunsten der Kolonien zu entäußern, die doch auf lange Zeit hinaus auf seinen Schutz angewiesen sein werden; und andererseits sind die Kolonien ganz und gar nicht bereit, zu Gunsten einer Zentralbehörde mit dem Sitz in London etwas von ihren eigenen Selbstregierungsrechten aufzugeben. Der kanadische Premierminister, Sir Wilfrid Laurier, vertrat diesen Standpunkt mit so großer Konsequenz, daß er auf der Konferenz von 1906 sogar den Namen „Reichsrath“ für die jährliche Reichskonferenz ablehnte.

Die „Tripel-Entente“.

Eine bemerkenswerte Erklärung über die Stellung der englischen Regierung zu Frankreich und Rußland haben die Londoner „Daily News“ in Antwortung eines französischen Artikels gebracht, der stark auf eine vollkommene politische Verständigung der drei Mächte hinwies und derselben gewisse politische Charaktere eines Bündnisses zu geben suchte. Die Erklärung, die unzweifelhaft den Ansichten einer Mehrheit in den Regierungsparteien entspricht, lehnt eine engere Verbindung der ausländischen Politik Englands mit der der anderen Mächte entschieden ab. Wir haben uns, heißt es darin, mit Frankreich über gewisse Angelegenheiten verhandelt und uns mit Rußland über gewisse

andere Dinge geeinigt. In beiden Fällen sind enge und bestimmte Grenzen gezogen. Wir haben uns Frankreich gegenüber zu einer gewissen Politik in Afrika verpflichtet und erwarten von ihm entsprechende Gegenleistungen, aber eine Tripel-Entente, eine Gruppe von drei Mächten mit einer gemeinsamen auswärtigen Politik gibt es nicht.

Im weiteren wird in dem Artikel ausgeführt, daß die Abmachungen mit Rußland und mit Frankreich nur ein gewisses Geschäft sind, aber nicht zu dem Schluß berechtigen, daß England mit einer dieser beiden Mächte eine allgemeine Partnerschaft eingegangen sei. „Was immer für Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich bestehen, von denen Englands sind sie ganz unabhängig. Wir haben nichts mit ihnen (diesen Beziehungen) und sie nichts mit uns zu thun. Wir haben einzelne und ganz getrennte und beschränkte Transaktionen mit Rußland und Frankreich. Von einem mit Rußland und Frankreich zu einer Tripel-Entente vereinigen England zu sprechen, ist also eine willkürliche Entstellung der Thatsachen und zu behaupten, daß diese drei Mächte gemeinsam eine auswärtige Politik verfolgen, ist ein doppelter Fehler. Außerhalb der Dinge, über die wir uns mit Rußland geeinigt haben, ist es möglich, daß unsere Interessen — und sie thun es in der That in der Türkei und der Mandchurei — in Konflikt geraten.“ Außerhalb der Angelegenheiten, über die wir uns mit Frankreich geeinigt haben, mögen unsere Interessen von denen Frankreichs bedeutend abweichen. Folglich gibt es keine Tripel-Entente und keine gemeinsame englisch-russisch-französische Politik, und deshalb ist auch kein Grund vorhanden, weshalb wir nicht auf dem freundlichsten Fuße mit den Mitgliedern des Dreiebundes stehen sollten. Die, welche die Fabel der Tripel-Entente so eifrig verbreiten, möchten England mit aller Gewalt in einen Kampf mit Deutschland verwickeln. Gerade jetzt, wo die Aussichten auf eine vollständige und intime Verständigung mit Deutschland so günstig sind, ist es unsere ernste Aufgabe, das Märchen von der Tripel-Entente zu zerstören. Die Erklärung ist von Wert, um unbegründeten Hoffnungen, namentlich an französischer Seite, ein Ende zu machen.

Schiffahrtssubventionen.

Seitdem die englische Regierung sich dazu verstanden hat, der Cunard-Linie erhebliche Opfer aus der Kasse der Steuerzahler zu bringen, damit sie ihre beiden Turbinendampfer „Lusitania“ und „Mauretania“ bauen und den deutschen Reedereien das blaue Band des Ozeans entreißen könne, haben auch die meisten anderen Länder außer Deutschland ihre Schiffahrtssubventionen erhöht. Am freigeigligsten ist noch immer Frankreich, das nach einer Berechnung der englischen Zeitschrift „Franchise“ in den letzten 15 Jahren 94,1 Millionen Franks an Schiffbauprämien und 270,4 Millionen Franks an Meilengeldern gezahlt, außerdem aber den französischen Reedereien 740 Millionen Franks auf Schiffshypotheken zu billigen Zinssätzen geliehen hat. Italien hat seit dem 30. Juni 1910 ein neues Subventionsgesetz, das der italienischen Reederei die Konkurrenz mit dem Auslande erleichtern und der italienischen Marine im Mobilmachungsfalle Hilfskreuzer verschaffen soll. Oesterreich-Ungarn hat durch sein neues Subventionsgesetz die Ausgestaltung des Oesterreichischen Lloyd und die Vermehrung des dalmatinischen Schiffverkehrs erreicht und lacht die Schiffahrt in Südamerika in Gang zu bringen. Auch Japan hat durch das neue Gesetz vom März 1910 die Subventionen an seine Handelsflotte neu geregelt. Der neue deutsche internationale Wettbewerber ist also bereits im vollen Zuge. Auch in Deutschland, wo der Bundesrat der Zustimmung der Subventionen als nutzlose Galvanisierungsversuche des Schiffverkehrs bekämpft, erheben sich Stimmen, die auf die Notwendigkeit hinweisen, die neue Stimmung zu beachten, wenn die neuen Verträge für den Verkehr nach Ostasien und Australien abgeschlossen werden.

Frage wir nach der Berechtigung solcher staatlichen Unterstützung der Schiffahrt, so schreiben zunächst die unrentablen Linien, an denen ein Staat ein politisches Interesse hat, vollständig aus. Dieser Fall liegt für die Verbindungen Deutschlands mit seinen ferneren Kolonien in der Südsee und auf Neu-Guinea vor; denn ohne erhebliche Staatsbeiträge würde der Norddeutsche Lloyd eine erklaffte regelmäßige Verbindung dorthin gar zu verlustbringend sein und aufgeben. Unden aber das Reich diese Postverbindungen aufrechterhält, verbessert es zugleich noch geberden die Verbindung Europas mit Ostasien und Australien. Für den Verkehr mit den Vereinigten Staaten oder Submerita hat Deutschland eine gleiche Notwendigkeit, nicht, daß es keine Subventionen, wie es andere Länder, selbst England, thun. Auf den Atlantischen Ozean, für den es keine subventionierten deutschen Schiffahrtslinien gibt, beweist sich aber der Hauptverkehr der deutschen Reedereien.

In England wird geltend gemacht, daß man die künstliche Vermehrung anderer Handelsflotten mittels der Subventionen als Schaden des engli-

chen Reedereigewerbes bekämpfen müsse. Man weist darauf hin, daß der englische Anteil an der Handelsflotte der Welt seit 1897 von 54 auf 18 Prozent gesunken sei. Dabei überieht man aber, daß, absolut betrachtet, die englische Handelsflotte stetig gewachsen ist, und zwar sehr viel stärker als die Zahl irgend eines anderen Landes. Lord George hat vor einiger Zeit triumphierend darauf hingewiesen, daß der Zuwachs der englischen Handelsflotte immer noch größer sei als der ganze Tonnengehalt der zweitgrößten Handelsflotte, nämlich der deutschen. Das früher bestehende Monopol ist ja überhaupt nicht mehr aufrecht zu erhalten, seitdem in allen Ländern, selbst in dem verkommenen Korea, die Handelsflotte mittels Dampfkraft in Aufnahme gekommen ist. Die Situation ist nun einmal die, daß außer England jedes Land seinen Prozentsatz an der Welthandelsflotte erhöhen muß, um den Vorrang des alten Welthandelsvolkes einzubringen. Deutschland erreicht dieses Ziel ohne Subventionen; sein Anteil ist von 1897 bis 1910 von 5,4 auf 10,8 Prozent gestiegen. Für die übrigen Länder ist aber die Furcht, nicht vorwärts zu kommen, der Antrieb zu der gesteigerten Subvention der neuesten Zeit. Da England selbst zur Stärkung einer Gesellschaft im Konkurrenzkampf für eine Linie nach den Vereinigten Staaten eine ganz außerordentlich hohe Subvention gewährt, läßt sich gegen diese Subventionspolitik nicht argumentieren. Et was anders liegt die Sache vielleicht, wenn die Hafengelder, wie es in den Vereinigten Staaten beabsichtigt wird, unerschwinglich hoch angesetzt, den amerikanischen Schiffen aber hinterher fast ebenso hohe Rückvergütungen gewährt werden. Denn das wäre gegen den Geist der Handels- und Schiffahrtsverträge.

Vom Straßburger Münster.

Es gibt Gefahren, die fast unabwehrbar zu Katastrophen zu führen scheinen, wenn sie auch in ihren Ursachen erkannt werden. Denn nicht immer sind mit den Ursachen auch zugleich die Gegenmittel gefunden. Zu dieser Kategorie gehört die Einkurzgefahr des großen Straßburger Münsters mit der Fassade Meister Ewins von Steinbach. Es war seit längerem bemerkt worden, daß der große Hauptpfeiler des linken (vollendeten) Münsterturms sein ganzes Traggewicht von mehreren Millionen Zentnern auf den viel schwächeren Seitenpfeiler (bei der Orgel) übertragen hatte, der seinerseits unter der enormen Last bedenklich auszuweichen begann. Eine Untersuchung der Fundamente des Turmpfeilers führte zu der erstaunlichen Entdeckung, daß der Untergrund gänzlich ungeeignet ist, sein Gewicht zu tragen. Das altromantische Mauerwerk zeigt unter dem Erdboden klaffende Risse, welche theils den Augen folgen, theils sogar mitten durch die Steine hindurchgehen. Das ganze Gemöbde war hier ursprünglich romanisch. Als nun in der Zeit der Gotik die gotische Konstruktion über den romanischen Grundmauern errichtet wurde, scheint man mit einem für die „Alten“ geradezu ungläublichen Leichtsinne den Turmpfeiler gebaut zu haben! Als man füglich dem Uebel nach längerem Suchen auf die Spur kam, zeigte sich auf den Abbruchflächen, auf denen der gotische seine Vertikalstruktur errichtet hatte, eine reichlich anderthalb Fuß dicke, bröckelige Schuttschicht, die hienweise bis ein Fuß und mehr hineinreicht zwischen dem Pfeiler und dem (romanischen) Fundament. Auf dieser Schicht von Schmutz und Staub die einen schwarzen Ruchen darstellten, den man mit den Fingern herankratzen kann, ruhre bis dahin das gewaltige Gewicht des linken Turmpfeilers — oder vielmehr, es konnte nicht darauf ruhen und hat alles auf die Seitenkonstruktion abgeben. Das es von diesen Nebenbüngen solange gehalten wurde, spricht für die wunderbar durchdrachte Gewichtsverteilung des Gotik, ebenso sehr wie gegen die Unwissenhaftigkeit des betreffenden alten Baumeisters! Der Zeitpunkt war vorüber, wo das relativ dünne Pfeilerbüdel, das die Turmflucht vor Hauptträger durch den Seitenfuß ab übernahmen müssen, am Endpunkt seiner Leistungsfähigkeit angelangt die ganze Schwere auf den unheimlich fundierten Hauptpfeiler zurückwerfen konnte. In diesem Augenblick wäre der Turm mit der Emin-Fassade bis zum Landschiff eingestürzt. Doch zu guter Letzt konnte das Schreckliche glücklich abgewendet werden. Die beiden so überlasteten Pfeiler sind theils durch Eisenanker, theils durch eine „Tuc d'Alben“ aus Eichenholz provisorisch zusammengebunden. Inzwischen wird das alte Gemäuer unter dem Erdboden repariert, die Schuttschicht entfernt und durch gründliche Ausbesserung die drohende Einkurzgefahr beseitigt werden.

Wenn guter Mat truer ist, trotz der Wiese arbeitslos da, wo es ihn nicht heißt, nämlich hinter den Thoren. Zu beachten bleibt, daß der britische Pfeiler sich niemals dazu ändern hat, den letzten Mauerwerk zu ändern, und wären es selbst Wammerwände, letzteren.

Henry's Platz.
Henry Grohmann, Eigentümer.
Bessere Getränke in Groß- und Kleinhandel in jeder gewünschten Quantität. Empfehle meine vorzüglichen Getränke und Cigarren. Das berühmte **Storz Bier** stets an Zapf. Es bittet freudlichst um geneigten Zuspruch **Henry Grohmann.**

Citizens State Bank.
Kapital \$20,000.00 • Ueberschuß \$15,000.00
Ist ausschließlich von Knox County Leuten geeignet und betrieben.
Kann irgend etwas im Bankwesen verrichten. Macht hier den Versuch.
Wir machen Farm-Anleihen auf lange Zeit und zu niedrigen Zinsen.

Saunders-Westrand Co.
Früher Westrand & Sons Elevator.
Kauft Getreide jeder Art, sowie Vieh, zu den höchsten Marktpreisen und er sucht den Farmer um die Gelegenheit, ihm Angebote auf seine Verkaufsprodukte zu machen.
Nick Paper, Geschäftsführer.

Martin C. Peters,
Deutscher Land-Agent.
In Kauf und Verkauf von Nebraska, Nord- und Süd-Dakota und der High-Grade-Organ, Texas. Lasset mich eure Farmen zum Verkauf übersehen.
Länder in Knox County, Nebr., meine Spezialität.
Sprachet vor oder schreibt, wenn ihr etwas in diesem Fach wünscht.
Martin C. Peters.
Blountfield, Knox County, Nebraska.

C. R. Sumner
hat von Isaac Dowty
die
City Dray Line
erworben und empfiehlt dem Publikum als Fuhrmann.
Drei Wagen stets bereit, eure Wünsche zu besorgen.
C. R. Sumner.

Bloomfield Germania
ist unter dem Deuchthum Knox Countys wohl verbreitet und lohnt es sich, dieses Wochenblatt für Anzeigen zu benutzen.
Accidenz-Arbeiten
werden prompt und geschmackvoll ausgeführt.
Man adresire
Die Germania, Nebr.

Achtung, Farmer!
Die vorzüglichsten Produkte der Columbia Dry & Cattle Feeder Co. sind bei mir vorrätig. Nicht dem gewöhnlichen Mittel für die Verwendung von Viehfrankturen verlaufe ich auch das „Tiv“ ediger Co.
Diese Produkte sind auch in Jas. Grohmann's Saloon vorrätig.
Henry Hohnholt,
4 Meilen nördlich und 3 Meilen westlich von Bloomfield.

The City Meat Market
Eduw. Volpp, Eigentümer
Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch, Schinken, Geflügel, Kautern, frische und ge-räuchernde Fische und viele andere Substanzen, welche eine Mahlzeit vollkommener machen.